

Dienstag 14. Februar 2012

Nummer 520

[Der Newsletter als PDF](#)

[Die Applikation EUScope](#)



[Die Stiftung auf](#)



Die Agenturen bewerten, Europa geht voran



Autor : Alain Fabre

Die Herabstufung von 9 Staaten der Eurozone durch die Ratingagentur Standard & Poor's am 13. Januar hat nicht zu den befürchteten Turbulenzen auf den Finanzmärkten geführt. Die Entscheidung war bereits im Oktober 'eingepreist' worden, als die Agentur ankündigte, Frankreich unter Beobachtung zu stellen. Die Märkte akzeptieren die europäische Strategie, die auf dem Ratstreffen am 9. Dezember 2011 verabschiedet wurde. Sie beinhaltet gleichermaßen das Ziel einer Sanierung der nationalen Haushalte und die Gewährleistung europäischer Solidarität in finanziellen Notlagen. Dies scheint die notwendige Basis zu sein, um eine weitere wirtschaftliche Integration in der Eurozone zu erreichen und eine ausreichende finanzielle Ausstattung der Eurostaaten zu gewährleisten. In diesem Prozess scheint Frankreich - aufgrund seiner Rolle in der deutsch-französischen Partnerschaft - das notwendige Bindeglied zu sein.

[Fortsetzung](#)

Zusammenfassung

Neuigkeiten : Atlas/EU - China - Robert Schuman - Frankreich/Niederlande
Wahlen : Slowakei **Finanzkrise** : EZB - Frankreich - Belgien - Österreich - Spanien - Griechenland
Kommission : Stiftungen - Innovation - Rumänien/Bulgarien - 112
Parlament : Ernährung - Ungarn **Rat** : Eu/Indien - Derivate - Bildung **Rat der Europäischen Union** : EU/Krise **Raumfahrt** : Vega **Deutschland** : Soziales Europa - Handel
Spanien : Reform **Frankreich** : Gleichstellung - Bericht/Rechnungshof - Deutsch-französische Zusammenarbeit
Griechenland : Rücktritt **Tschechische Republik** : Wahlsystem **Rumänien** : Regierung **Großbritannien** : Handel
Slowenien : Regierung **Schweden** : Nordstaaten **Bosnien-Herzegowina** : Regierung
UNO : Justiz **Eurostat** : EU/Indien - Schulden **Berichte/Studien** : Bürgerinitiative - Kommission
Veröffentlichungen : Extremismus - Diplomatie
Kultur : Ausstellung/Versailles - Ausstellung/Wien - Ausstellung/Paris - Ausstellung/London

[Agenda](#) | [Andere Versionen](#) | [Kontakt](#)

Neuigkeiten :

"Atlas permanent de l'Union européenne"

Die Robert Schuman Stiftung veröffentlicht einen neuen "Atlas permanent de l'Union européenne", herausgegeben vom Präsidenten



und der Generaldirektorin der Stiftung, Jean-Dominique Giuliani und Pascale Joannin. Der Atlas veranschaulicht die Union, ihre Institutionen und jedes Mitgliedsland anhand einer Darstellung seiner Geschichte, Kultur und wichtigsten statistischen Daten. Mit über 50 Karten, praktischen Zusammenfassungen der Historie und ausgewählten aktuellen Zahlen bietet der Atlas erstmals eine umfassende und handliche Gesamtdarstellung der Europäischen Union. Darüber hinaus beinhaltet die gebundene Variante des Atlas einen kostenlosen Zugang zu den Internetseiten www.atlas-permanent.eu, auf denen die Daten permanent aktualisiert werden, so dass die ständige Verfügbarkeit zuverlässiger und tagesaktueller Informationen über Europa garantiert ist. Sie können den Atlas bereits jetzt über die Internetseite der Robert Schuman Stiftung erwerben... [Fortsetzung](#)

Europas Entwicklung in der Krise aus Sicht Chinas und Indiens



Anlässlich des EU-Indien-Gipfels, der am 10. Februar stattfand und des EU-China-Gipfels, der für den 14. Februar geplant ist, möchte die Robert Schuman Stiftung allen Leserinnen und Lesern des Newsletters die Studie von Karine Lisbonne de Vergeron zum Thema "L'Europe vue de Chine et d'Inde depuis la crise" empfehlen. Die Studie, die von der Robert Schuman Stiftung in Zusammenarbeit mit der Konrad Adenauer Stiftung und dem Global Policy Institute veröffentlicht wurde, analysiert den Blick der chinesischen und indischen Eliten auf die politische und wirtschaftliche Situation in Europa. Wie ist die Haltung Chinas und Indiens zur Europäischen Union und zu seinen Mitgliedsländern? Wie ist ihre Haltung zur Schuldenkrise? Was denken sie über den Euro? Die Studie ist in gedruckter Form (nur) auf französisch erhältlich und kostet 10 Euro. Im Format PDF kann sie auf französisch oder auf englisch heruntergeladen werden zum Preis von 8 Euro... [Fortsetzung](#)

Neue Auszeichnung für das Wohnhaus von Robert Schuman in Scy Chazelles



Der französische Staatsminister für Europaangelegenheiten, Jean Leonetti, ist am 8. und 9. Februar an die Mosel gereist, um an dem ersten deutsch-französischen Treffen in Malbrouck (Elsass-Lothringen). Für 3 Tage tauschten sich dort Wissenschaftler, hohe Beamte und Vertreter des Privatsektors über die deutsch-französische Partnerschaft und ihre Bedeutung innerhalb der Europäischen Union aus, wie auch über die politischen und wirtschaftlichen Entwicklungen in beiden Ländern. Am 9. Februar fand unter Anwesenheit des Ministers in Scy-Chazelles die Enthüllung der neuen Auszeichnungsplakette des Wohnhauses Robert Schumans statt, das nunmehr als "Maison des illustres" ausgezeichnet ist... [Fortsetzung](#)

Treffen der französisch-niederländischen Kooperation



Die Vertreter der französisch-niederländischen Kooperation treffen sich am 14. Februar im Quai d'Orsay unter Leitung des französischen Außenministers Alain Juppé und seines niederländischen Amtskollegen Uri Rosenthal. Anlässlich dieses Zusammentreffens findet ein Kolloquium statt, auf dem der Präsident der Robert Schuman Stiftung, Jean-Dominique Giuliani, zu folgendem Thema sprechen wird: "Welche Lehren ziehen die europäischen Institutionen und Regierungen aus der Wirtschaftskrise?".. [Fortsetzung](#)

Wahlen :

Vorgezogene Neuwahlen am 10. März



Am 10. März sind alle wahlberechtigten Slowaken zur Neuwahl des Parlaments aufgerufen als Folge des Mißtrauensvotums gegen die slowakische Premierministerin Iveta Radicova (Christlich-demokratische Unionspartei, SDKU-DS) am 11. Oktober 2011. Nach letzten Meinungsumfragen durch das Institut Focus, die am 2. Februar veröffentlicht wurden, liegt die Partei Sozialdemokratische Richtung (SMER-SD) vorne mit 41,4% der Stimmen, was 72 Sitze bedeuten würde. An 2. Stelle folgt die Christdemokratische Bewegung (KDH) mit 9,6% der Stimmen (16 Sitze), dann die christdemokratische Unionspartei (SDKU-DS) mit 8,2% der Stimmen (14 Sitze), dann die Partei Freiheit und Solidarität (SaS) mit 7,6% der Stimmen (13 Sitze), Most-Hid

mit 7,2% der Stimmen (13 Sitze) und die Nationale Partei (SNS) mit 5,6% (10 Sitze)... [Fortsetzung](#)

Finanzkrise :

EZB lässt Leitzins unverändert



Am 9. Februar gab das Direktorium der EZB bekannt, dass der Leitzins unverändert bei 1% bleiben wird. Auf einer Pressekonferenz sagte der Präsident der EZB, Mario Draghi, dass die Inflationsrate für 2011 im Durchschnitt 2,7% beträgt und dass das Wachstum - vor allem im 4. Quartal - sehr schwach gewesen sei. Er forderte die Mitgliedsländer dazu auf, ihre Strukturreformen weiter zu führen und ihre Wettbewerbsposition zu verbessern... [Fortsetzung](#)

Französisches Außenhandelsdefizit für 2011 auf Rekordniveau



Nach neuesten Zahlen, die die 'Direction générale des douanes et droits indirects' am 7. Februar veröffentlichte, erreichte das Außenhandelsdefizit in Frankreich im Jahr 2011 einen neuen Rekordwert mit - 69,592 Milliarden Euro gegenüber - 51,527 Milliarden Euro im Jahr 2010. Für den Monat Dezember 2011 beträgt das Außenhandelsdefizit - 5 Milliarden Euro. Exporte waren im November 2011 zunächst leicht angestiegen, waren dann jedoch im Dezember wieder rückläufig. Allerdings verbesserte die außergewöhnliche Verkaufsbilanz von Airbus und ein gestoppter Import von Raumfahrt-ausrüstung aus Deutschland die Bilanz im Dezember 2011... [Fortsetzung](#)

Belgisches Planungsinstitut sagt Nullwachstum voraus für 2012



Für 2012 wird das Wachstum in Belgien quasi Null betragen (0,1% des BIP), wie das staatliche Planungsinstitut BFP (Bureau fédéral du Plan) am 10. Februar bekannt gab. Das Institut soll die belgische Regierung beraten, die neue Einsparungen in Höhe von 1,5 bis 2,5 Milliarden Euro beschließen muss. Im September ging das Planungsinstitut noch von einem Wachstum in Höhe von 1,6% des BIP aus für 2012. Ende 2011 reduzierte die Regierung Elio Di Rupo die Wachstumsvorhersage auf 0,8% zur Ausarbeitung des Haushalts 2012; es wurden Sparmaßnahmen in Höhe von 11,3 Milliarden Euro beschlossen. Nach den neuesten Zahlen des Planungsinstituts, die im Internet veröffentlicht wurden "wird das Wirtschaftswachstum 2012 nicht höher liegen als 0,1%", gegenüber 1,9% im Jahr 2011... [Fortsetzung](#)

Neuer Sparplan in Österreich im Umfang von 26,7 Milliarden Euro



Die österreichische Regierung veröffentlichte am 10. Februar ihre neuen Sparpläne, die innerhalb der nächsten 5 Jahre zu einer Reduzierung des Haushaltsdefizits führen sollen und zu einem Schuldenabbau in Höhe von 26,7 Milliarden Euro. Dies soll über Sparmaßnahmen und Steuerreformen erreicht werden. 30% der zwischen 2012 und 2016 vorgesehenen Einsparungen sollen über neue Steuereinnahmen erreicht werden in Höhe von insgesamt 7 Milliarden Euro; 70% müssen durch Einsparungen erreicht werden, somit fast 15 Milliarden Euro. Länder und Kommunen müssen 5,2 Milliarden Euro einsparen. Das Paket dient der Einhaltung der Regeln, die sich die Europäische Union im Maastrichtvertrag selbst gegeben hat. "Österreich soll unabhängig von den Finanzmärkten werden, um aus der Spirale von immer höheren Zinsen aussteigen zu können", erklärte der Kanzler Werner Faymann auf einer Pressekonferenz... [Fortsetzung](#)

Rezession in Spanien



Die spanische Wirtschaft steuert in diesem Quartal auf eine Rezession zu mit einem Rückgang des BIP um 0,2%, wie das Forschungsinstitut BBVA Research am 8. Februar bekannt gab. "Nach den zur Verfügung stehenden Informationen wird das Wachstum im 1. Quartal 2012 negativ sein (-0,2%)", schreibt das Institut der zweitgrößten Bankengruppe Spaniens in seinem Wirtschaftsbericht. Das 4. Quartal 2011 wies bereits ein Negativwachstum auf (-0,3%), im Falle eines erneuten negativen Wachstums befindet sich Spanien in einer Rezession und dies nur zwei Jahre nach

Griechenland stimmt für Sparplan



In der Nacht zum 10. Februar stimmte die griechische Regierung für den Sparplan, dessen Verabschiedung die Europäische Union und der IWF gefordert hatten, bevor sie der Zahlung weiterer Hilfgelder an Griechenland zustimmen würden. Am 12. Februar stimmte auch das Parlament für das neue Sparpaket. 199 von 300 Abgeordneten stimmten für die Sparpläne, 74 stimmten dagegen bei 27 Enthaltungen. Anlässlich der Abstimmung wurden 22 sozialistische Abgeordnete (PASOK) und 21 Angehörige der mitte-rechts-Partei (ND) aus ihren Parteien ausgeschlossen, da sie gegen den Gesetzesvorschlag gestimmt hatten. 2 Angehörige der rechts-außen-Partei wurden ausgeschlossen, weil sie für den Vorschlag gestimmt hatten. Es gab gewalttätige Proteste gegen die verabschiedeten Maßnahmen, die eine Verringerung des Mindestlohnes um 22% vorsehen, wie auch weitere Rentenkürzungen... [Fortsetzung](#)

Kommission :

Vorschlag für ein Statut der Europäischen Stiftung



Am 8. Februar präsentierte die Europäische Kommission einen Vorschlag für eine Verordnung über ein Statut für Europäische Stiftungen. Die Stiftungen spielen eine große Rolle in verschiedenen politischen Bereichen, wie Gesundheit, Wissenschaft und Forschung und Kultur. Unterschiedliche gesetzliche Rahmenbedingungen behindern allerdings häufig die Arbeit der Stiftungen innerhalb der europäischen Gemeinschaft. Die Stiftungen, die in den Genuss des Statuts kommen könnten, müssten dem Gemeinwohl verpflichtet sein und eine die nationalen Grenzen überschreitende Tätigkeit aufweisen. Das neue Statut soll den Stiftungen helfen, ihre Kosten zu reduzieren und rechtliche Unsicherheiten beseitigen, zudem könnten sie mit einer europäischen Kennzeichnung ausgezeichnet werden und in den Genuss von harmonisierten Steuervorteilen kommen... [Fortsetzung](#)

Nordische Länder führend bei Innovationen



Nach einer Aufstellung der Europäischen Kommission, die diese am 7. Februar veröffentlichte, erreicht Schweden im Bereich Innovationen im Jahr 2011 von allen europäischen Ländern den ersten Platz. Als Indikatoren wurden Humankapital, Offenheit, Exzellenzinitiativen, Attraktivität des Forschungs- und Wissenschaftsstandorts und die Finanzierung von Forschungsvorhaben bewertet. Auf Schweden folgen Dänemark, Deutschland und Finnland. Die hinteren Plätze belegen Lettland, Bulgarien, Litauen und Rumänien. Unter den großen Ländern belegen Frankreich und Großbritannien nur mittlere Plätze (Platz 11 und Platz 6)... [Fortsetzung](#)

Bericht der Kommission zu Fortschritten Bulgariens und Rumäniens



Die Europäische Kommission veröffentlichte am 8. Februar den 10. Zwischenbericht zu Fortschritten Bulgariens und Rumäniens im Rahmen des Kooperations- und Kontrollverfahrens. Die Kommission stellt in ihrem Bericht fest, dass Bulgarien im Bereich Justiz noch weitere Anstrengungen unternehmen muss. Die Kommission beglückwünschte Rumänien zu den großen Fortschritten in verschiedenen Bereichen, die aufgrund der Umsetzung von Empfehlungen aus dem letzten Bericht erzielt wurden. Das neue Zivilgesetzbuch ist im Oktober 2011 in Kraft getreten, ein Gesetzestext zum Zivilverfahrensrecht soll bis Juni 2012 folgen. Darüber hinaus gibt es mehr Gerichtsprozesse wegen Korruptionsdelikten in Rumänien... [Fortsetzung](#)

[Andere Links](#) |

Die europäische Notrufnummer 112



Am 11. Februar startete eine große Informationskampagne, um die europäische Notrufnummer 112 bekannt zu machen. Nach einer aktuellen Umfrage von Eurobarometer wissen 74% der Europäer nicht, welche Nummer sie im Notfall wählen müssen. Ob auf Geschäftsreise in London oder im Skiurlaub in den Alpen, überall und jederzeit können Sie im Notfall europaweit die 112 wählen, kostenlos, egal ob im Festnetz oder vom

Parlament :

Nahrungsmittelhilfe für die Ärmsten



Am 7. Februar stimmten 24 gegen 2 Mitglieder des Landwirtschaftsausschusses des europäischen Parlaments für den Vorschlag des Rates, der eine Beibehaltung des Nahrungsmittelhilfeprogramms für die Ärmsten für weitere 2 Jahre vorsieht. Das Programm, das 18 Millionen Menschen in der Europäischen Union helfen soll, wird mit einem jährlichen Budget von bis zu 500 Millionen Euro ausgestattet... [Fortsetzung](#)

Anhörung ungarischer Vertreter im europäischen Parlament



Am 10. Februar fand eine Anhörung ungarischer Vertreter der Zivilgesellschaft, der Medien und der ungarischen Regierung im Bürgerrechtsausschuss des europäischen Parlaments statt. Bei dieser Gelegenheit sprach Neelie Kroes, Vizepräsidentin der Kommission, von "großer Besorgnis" angesichts der Situation in Ungarn. Der Vizepremierminister Ungarns, Tibor Navracsics, äußerte sich dahingehend, dass seine Regierung den Dialog mit der Europäischen Union und dem Europarat fortsetzen wolle, dass jedoch die ungarische Verfassung über dem europäischen Recht stünde. Aufgrund der aktuellen Maßnahmen gegen die Medienfreiheit, die richterliche Unabhängigkeit und die Unabhängigkeit der Zentralbank, wie auch wegen der Behandlung von Minderheiten wurden Vertragsverletzungsverfahren eingeleitet... [Fortsetzung](#)

Rat :

EU-Indien-Gipfel



Am 10. Februar fand in Neu Delhi (Indien) der 12. EU-Indien-Gipfel statt. Herman Van Rompuy, der Präsident des Rates der Europäischen Union, erklärte, dass beide Partner ihre Beziehungen vertiefen möchten, die zurzeit ausschließlich wirtschaftlich sind, aber auf dieser Basis auch in den diplomatischen und sicherheitspolitischen Bereich ausstrahlen. Im Rahmen des Treffens wurde die Situation im Nahen und Mittleren Osten erörtert, vor allem in Iran, in Syrien und in Afghanistan. Van Rompuy betonte das gemeinsame Engagement beider Partner bei den großen internationalen Zusammenkünften, vor allem im Rahmen der G20 und im Rahmen der Durban-Konferenz... [Fortsetzung](#)

Einigung über Regulierung des Derivatemarktes



Am 9. Februar einigten sich Vertreter des Rates und des europäischen Parlaments auf eine gesetzliche Regelung zur Regulierung des Derivatemarktes, um diesen sicherer und transparenter zu machen. Entsprechend der Einigung, die noch von Rat und Parlament bestätigt werden muss, sollen die Derivate von einer zuständigen Stelle geprüft werden, zugleich gibt es strengere Anforderungen an die Kapitalausstattung und an die Registrierung in einem Zentralregister... [Fortsetzung](#)

Ratssitzung "Bildung, Jugend, Kultur und Sport"



Am 10. Februar stimmten die Bildungsminister den Beschlussempfehlungen des gemeinsamen Berichts 2012 zur Einführung eines "strategischen Kooperationsrahmens in den Bereichen Bildung und Ausbildung" zu. Der Bericht zeigt Fortschritte in den genannten Bereichen, er spricht jedoch auch von weiter bestehenden Herausforderungen, um das Humankapital innerhalb der Europäischen Union optimal zu fördern und die Quote an Jugendlichen, die ohne Abschluss die Schule verlassen, zu verringern, wie auch die Ausbildungsreife der Jugendlichen zu erhöhen. Der Bericht erwähnt auch die Notwendigkeit, in das Bildungssystem zu investieren, um Wachstum und Beschäftigung zu fördern... [Fortsetzung](#)

Rat der Europäischen Union :

Humboldt-Rede von Herman Van Rompuy



Der Präsident des Rates der Europäischen Union, Herman Van Rompuy, hat am 6. Februar in der Humboldt-Universität in Berlin eine Rede gehalten, in der er den Schwerpunkt auf die Themen Abhängigkeit und Mitverantwortung legte. In seiner Rede mit dem Titel "Die Entdeckung der Mitverantwortung: Europa angesichts der Schuldenkrise" betonte Van Rompuy, dass die Lösung einer Krise mit einem solchen Ausmaß nur auf höchster politischer Ebene möglich sei und dass bestimmte Regeln eingehalten werden müssen. Die nationale Politik nimmt nunmehr jedoch eine europäische Dimension ein: Van Rompuy sprach von der Europäisierung der nationalen Politiken... [Fortsetzung](#)

Raumfahrt :

Erster Flug der Trägerrakete Vega



Die Trägerrakete Vega hat am 13. Februar erfolgreich ihren Jungfernflug absolviert. Sie startete vom europäischen Raumflughafen Kourou in Französisch-Guayana mit 2 Forschungssatelliten und sieben Mini-Satelliten, die von Studenten aus verschiedenen Ländern ausgearbeitet wurden. Seit Ende Januar war die leichte Trägerrakete zum Abschuss bereit, sie startete von Französisch-Guayana, das ursprünglich für den Abschuss von Ariane 1,2 und 3-Raketen vorgesehen war und das nun den besonderen Bedürfnissen von Vega als Leichtträgerrakete angepasst wurde... [Fortsetzung](#)

Deutschland :

Paris und Berlin engagieren sich für ein soziales Europa



Die Arbeitsminister Deutschlands und Frankreichs, Ursula von der Leyen und Xavier Bertrand, haben anlässlich des 14. deutsch-französischen Ministerrates eine gemeinsame Erklärung veröffentlicht, in der sie sich für eine Konkretisierung des "sozialen Europas" aussprechen. Die Minister Bertrand und von der Leyen möchten das duale Ausbildungssystem in jedem Mitgliedsland der Europäischen Union verankern, da Arbeitsplätze für junge Menschen "die dringendste Herausforderung" darstellten. Darüber hinaus wollen die Minister "den sozialen Dialog wieder in den Mittelpunkt der wirtschaftspolitischen Steuerung" stellen. Vor diesem Hintergrund soll jährlich ein Sozialforum mit den europäischen Sozialpartnern stattfinden... [Fortsetzung](#)

2011: Rekordwerte für Exporte und Importe in Deutschland



Die Außenhandelsbilanz schloss im Jahr 2011 für Deutschland mit einem Überschuss von 158,1 Milliarden Euro ab. Im Jahr 2010 hatte der Saldo in der Außenhandelsbilanz 154,9 Milliarden Euro betragen. Die Exportrate stieg um 11,4%, wie das Statistische Bundesamt am 8. Februar bekanntgab. Die Exporte überstiegen erstmals die Marke von 1 Billion Euro und erreichten ein neues Rekordniveau von 1060 Milliarden Euro. Auch die Importzahlen stiegen an (+13,2%), vor allem aufgrund einer stärkeren Nachfrage im Inland durch private Haushalte und Unternehmen... [Fortsetzung](#)

Spanien :

Flexibilisierung des Arbeitsmarktes



Am 10. Februar verabschiedete die spanische Regierung ein Gesetz zur Flexibilisierung des Arbeitsmarktes, das Entlassungen erleichtert und die Beschäftigung von Jugendlichen fördern soll. Das Land leidet unter der höchsten Arbeitslosigkeit aller Industrieländer. "Das Ziel ist, die Ausblutung des Arbeitsmarktes zu beenden", erklärte die Arbeitsministerin Fatima Banez im Ministerrat... [Fortsetzung](#)

Frankreich :

Abgeordnete stimmen für Frauenquote von 40% im höheren Dienst



Am 8. Februar stimmten die Abgeordneten der Assemblée Nationale für die progressive Einführung einer Frauenquote in Höhe von 40% für die jährlich neu ernannten Beamten des höheren Dienstes in Frankreich. Zurzeit sind nur 10% der Beamten des höheren Dienstes in Frankreich weiblich, wobei im gesamten öffentlichen Dienst 60% aller Mitarbeiter Frauen sind... [Fortsetzung](#)

Bericht des Rechnungshofs: neue Sparpläne für 2012



Am 8. Februar stellte der Rechnungshof in Frankreich (Cour des comptes) seinen Jahresbericht 2012 vor. Die Maßnahmen der Regierung zur Herstellung eines ausgeglichenen Haushalts werden begrüßt. Allerdings wird festgestellt, dass dieser Ausgleich in erster Linie über Steuererhöhungen erreicht werden soll. Das Ziel der Reduzierung des Defizits auf 4,5% (gegenüber 5,3% oder 5,4% für 2011) ist nach Meinung des Rechnungshofs schwierig zu erreichen. Der Bericht kritisiert eine Abfolge von neuen Sparplänen, die den sich ändernden Wachstumsaussichten nachfolgt. In dem Bericht schlägt der Rechnungshof vor, die Ausgaben um mehr als 15 Milliarden Euro zu senken im Vergleich zu 2010 und 10 Milliarden Euro durch das Schließen von Steuerlücken und geringere Sozialausgaben einzusparen, insbesondere in den Übersee-Regionen... [Fortsetzung](#)

Ergebnisse des 14. deutsch-französischen Ministerrates



Anlässlich des 14. deutsch-französischen Ministerrates am 6. Februar veröffentlichten die deutsch-französischen Minister für Landwirtschaft, Finanzen, Arbeit und Bildung gemeinsame Erklärungen, in denen sie ihre Pläne für eine vertiefte deutsch-französische Zusammenarbeit auf europäischer Ebene, wie auch für weitere bilaterale Konvergenzen darlegten. Die Agrarminister präsentierten eine gemeinsame Position zur zukünftigen Ausgestaltung der gemeinsamen europäischen Landwirtschaftspolitik. Die Arbeitsminister legten eine Erklärung bezüglich der Konkretisierung eines sozialen Europas vor. Zur Steuerkonvergenz präsentierten die Finanzminister ein Grünbuch, das Wege aufzeigt, wie die Unternehmenssteuern beider Länder bis 2013 angeglichen werden können... [Fortsetzung](#)

Griechenland :

Rücktritt von 4 Ministern der rechten Laos-Partei innerhalb der Koalitionsregierung



Vier Minister der rechten Partei Laos reichten am 10. Februar gegenüber dem griechischen Premierminister Lucas Papademos ihren Rücktritt ein, da sie die neuerlichen Sparpläne, die von den Gläubigern des Landes verlangt werden, nicht mittragen wollen. Bei den Ministern handelt es sich um den Verkehrsminister Makis Voridis, den stellvertretenden Verteidigungsminister Georges Géorgiou, wie auch um 2 Staatssekretäre aus den Bereichen Landwirtschaft und Handelsmarine, Astérios Rodoulis und Adonis Géorgiadis. Die Rücktritte erfolgten zwei Stunden nachdem der Vorsitzende der Laos-Partei, Georges Karatzaféris, erklärt hatte, dass er gegen den neuen Sparplan stimmen wird, der von den Gläubigern, der Europäischen Union und dem IWF verlangt wird im Gegenzug zur Auszahlung von weiteren 130 Milliarden Euro... [Fortsetzung](#)

Tschechische Republik :

Direktwahl des Präsidenten



Der Präsident Tschechiens wird ab dem 1. Oktober 2012 direkt gewählt werden. Der Senat stimmte am 8. Februar mit 49 von insgesamt 75 Stimmen für einen entsprechenden Verfassungszusatz. Das Parlament hatte sich bereits Mitte Dezember für diese neue Regelung ausgesprochen. Der Präsident wird von Oktober 2012 an somit in zwei Wahlgängen per Direktwahl gewählt werden. Bisher wählten die 2 Kammern des Parlaments den Präsidenten, der lediglich repräsentative Funktionen wahrnimmt. Vaclav Klaus, der aktuelle Präsident, sprach sich gegen die neue Regelung aus und bezeichnete sie als "fatalen Fehler"... [Fortsetzung](#)

Rumänien :

Parlament stimmt für die neue Regierung Rumäniens



Am 9. Februar stimmte das rumänische Parlament für die neue Regierung unter Premierminister Mihai Ungureanu. 237 Abgeordnete stimmten für die neue Regierung bei zwei Enthaltungen; die Abgeordneten der Sozial-liberalen Allianz (USL, Linke) boykottierten die Wahl. Der vorherige Premierminister Emil Boc war wegen sozialer Unruhen im Land zurückgetreten, die aufgrund der verabschiedeten Sparmaßnahmen ausgebrochen waren. Die Regierungskoalition besteht aus der liberaldemokratischen Partei (PDL), aus der Demokratischen Union der Ungarn in Rumänien und aus der nationalen Fortschrittspartei Rumäniens (UNPR). Der Regierung gehören 17 Minister an, darunter 1 Frau... [Fortsetzung](#)

Großbritannien :

Britisches Außenhandelsdefizit erreicht niedrigstes Niveau seit 2003



Nach neuesten Zahlen, die das britische nationale Statistikbüro am 9. Februar veröffentlichte, betrug die Außenhandelsbilanz Großbritanniens (Importe und Exporte von Waren und Dienstleistungen) für Dezember 2011 1,1 Milliarden Pfund. Im Vergleich zu November 2011 gab es einen starken Rückgang (im November 2011 betrug die Bilanz 2,8 Milliarden Pfund), darüber hinaus wurde das niedrigste Außenhandelsdefizit seit 2003 erreicht... [Fortsetzung](#)

Slowenien :

Slowenisches Parlament stimmt für neue Regierung



Am 10. Februar 2012 stimmte das slowenische Parlament für die neu zusammen gesetzte Regierung unter Premierminister Janez Jansa, der als Priorität die Umsetzung neuer Sparmaßnahmen in diesem kleinen EU-Mitgliedsland nannte. Von insgesamt 82 Abgeordneten stimmten 50 Abgeordnete für die neue Regierung, die aus 12 Ministern (mit nur einer Frau) besteht. Zehn Abgeordnete stimmten gegen die neue Regierung, die übrigen enthielten sich. Das Parlament hatte bereits vor zwei Wochen seine Zustimmung zu Janez Jansa als neuem Premierminister Sloweniens erteilt. Janez Jansa erklärte vor den Abgeordneten: "Wir haben drei Hauptprioritäten: Haushaltskonsolidierung, Förderung von Wachstum und Schaffung neuer Arbeitsplätze"... [Fortsetzung](#)

Schweden :

Nordisches Zukunftsforum



Am 8. und 9. Februar trafen sich anlässlich des "Northern Future Forums" die Staats- und Regierungschefs der baltischen und nördlichen Staaten, wie auch Großbritanniens mit Experten für Außenbeziehungen (Unternehmer, Wissenschaftler und hohe Beamte). Sie diskutierten über geeignete Möglichkeiten, mehr Frauen für Führungspositionen im Privatsektor zu gewinnen und die Berufstätigkeit älterer Menschen zu fördern. Es wurde unter anderem über die Frauenquote in Verwaltungsräten gesprochen, die der norwegische Ministerpräsident positiv bewertete und die in Norwegen seit ihrer Einführung gute Ergebnisse erzielt hätte. David Cameron bewertete diese Quote demgegenüber nur als allerletztes Mittel. Bezüglich der Beschäftigung älterer Personen bestand Einigkeit dahingehend, dass jedes Vorhaben auf Flexibilität und Freiwilligkeit basieren müsse... [Fortsetzung](#)

Bosnien-Herzegowina :

Neue Zentralregierung



Am 10. Februar beendete Bosnien-Herzegowina die 16monatige politische Krise mit der Einsetzung einer neuen Zentralregierung, die aus Vertretern der islamischen Gemeinschaft, aus Serben und Kroaten besteht. Die neue Regierung unter Premierminister Vjekoslav Bevanda, der der kroatischen Partei Bosnien-Herzegowinas angehört (Demokratische kroatische Union - HDZ), wurde mit 26 gegen 7 Stimmen

angenommen, ein Abgeordneter fehlte. Die neuen Ministerposten sind auf Vertreter von 6 Parteien aufgeteilt, 2 Serben, 2 Kroaten, ein Vertreter der islamischen Gemeinschaft und 1 multiethnischer Vertreter... [Fortsetzung](#)

UNO :

Peter Tomka ist neuer Präsident des Internationalen Gerichtshofs



Der Slowake Peter Tomka, 55 Jahre alt, wurde am 6. Februar 2012 zum neuen Präsidenten des Internationalen Gerichtshofs (IGH) in Den Haag gewählt, wo er Nachfolger des Japaners Hisashi Owada wird. Der mexikanische Richter Bernardo Sepulveda-Amor, 60 Jahre alt, wurde zum Vizepräsidenten gewählt. Er wird damit Nachfolger von Peter Tomka, der bisher Vizepräsident war. Tomka und Sepulveda-Amor, die seit 2003 und 2006 dem IGH angehören, sind jeweils für 3 Jahre gewählt... [Fortsetzung](#)

Eurostat :

Mehr Handel zwischen EU und Indien



Am 9. Februar gab Eurostat bekannt, dass die Handelsbeziehungen zwischen Indien und der EU innerhalb der ersten 10 Monate des Jahres 2011 um 20% zugenommen haben. 2010 wurden Waren im Wert von 34,8 Milliarden Euro nach Indien exportiert, Importe wurden im Umfang von 33,2 Milliarden Euro getätigt, wodurch ein Handelsbilanzüberschuss in Höhe von 1,6 Milliarden Euro für die Europäische Union zu verzeichnen ist, ein leichter Rückgang im Vergleich zum Vorjahr. Über die Hälfte des Austauschs entfällt auf die Länder Deutschland, Belgien und Großbritannien... [Fortsetzung](#)

Niedrigere öffentliche Verschuldung in der Eurozone



Nach aktuellen Zahlen von Eurostat, die am 6. Februar veröffentlicht wurden, sank die öffentliche Verschuldungsquote im Vergleich zum BIP innerhalb der Eurozone von 87,7% auf 87,4% im 3. Quartal 2011. Bezüglich der gesamten Union stieg die Verschuldungsquote um 0,5 Prozentpunkte auf 82,2%... [Fortsetzung](#)

Berichte/Studien :

"Europäische Bürgerinitiative - eine erste Bewertung"



Das Europakolleg in Brügge hat eine Studie veröffentlicht mit dem Titel "The European Citizens' Initiative - A First Assessment" ("Die Europäische Bürgerinitiative - eine erste Bewertung"). Die Studie wurde von Luis Bouza García, Víctor Cuesta-López, Elitsa Mincheva und Dorota Szeligowska erstellt anlässlich der Diskussionsrunde, die am 25. Januar 2011 im Europakolleg in Brügge stattfand. In der Studie zeigt die Entwicklung von der Idee zur Umsetzung der Europäischen Bürgerinitiative auf, sie stellt zudem die Gesetzestexte vor, die den genauen Rahmen der Initiativen vorgeben. Darüber hinaus analysiert die Studie mögliche Auswirkungen der Initiativen auf die öffentliche Meinungsbildung in der Union und hier vor allem auf die Organisationen der Zivilgesellschaft, indem der Frage nachgegangen wird, welcher öffentliche Bereich hierdurch gefördert wird... [Fortsetzung](#)

Gesetzgebungsinitiative der Europäischen Kommission



Der Think Tank "Notre Europe" hat eine Studie der Autoren Paolo Ponzano, Constanza Hermanin und Daniela Corona veröffentlicht mit dem Titel: "Le pouvoir d'initiative de la Commission européenne : une érosion progressive ?". Die Studie analysiert die Entwicklung des Initiativrechts der Europäischen Kommission innerhalb der letzten 20 Jahre. Die Autoren zeigen in ihrer Studie, dass das Initiativrecht sich in der Praxis stark gewandelt hat, obwohl es formal-juristisch keine Änderungen gab. Die Kommission fühlt sich in der Praxis immer stärker an Beschlüsse des Rates der Europäischen Union gebunden. Zudem führten die eingeführten direkten Verhandlungen zwischen Rat und Parlament dazu, dass die Kommission weniger pro-

aktiv auftritt und stärker verhandelt. Diese Faktoren führten zu einem Rückgang der von der Kommission eingereichten Vorschläge und zu weniger Streitigkeiten über vorgeschlagene Texte... [Fortsetzung](#)

Veröffentlichungen :

"Le Monde selon Marine - La politique internationale du FN"



Magali Balent, Projektkoordinatorin und wissenschaftliche Angestellte der Robert Schuman Stiftung und Dozentin an der Universität Sciences Po in Paris hat soeben ein neues Buch veröffentlicht mit dem Titel "Le monde selon Marine - La politique internationale du Front national. Entre rupture et continuité", in dem sie die internationale und europäische Politik der Front national seit der Wahl Marine Le Pens zur Parteivorsitzenden analysiert. Das Werk bietet eine genaue Analyse der außenpolitischen Vorstellungen Marine Le Pens und der Front National unter Darlegung der ideologischen Entwicklungen innerhalb der Partei... [Fortsetzung](#)

"L'action et le système du monde"



Soeben ist eine neue Ausgabe der Studie des Generaldirektors des Institut français des relations internationales (IFRI), Thierry de Montbrial, erschienen, mit dem Titel "L'action et le système du monde". Die Studie definiert das Phänomen der "Praxeologie", die Theorie des menschlichen Handelns in Regierung, Wirtschaft und internationalen Beziehungen. Die Studie enthält einzelne Kapitel zu den Themen "das Objekt und die Natur der Wirtschaftswissenschaften", zum System der internationalen Beziehungen, zur Globalisierung, zum Thema staatliche Souveränität und internationale Gemeinschaft, Strategie und Prävision und zu der Verbindung zwischen Moral und Politik... [Fortsetzung](#)

Kultur :

"Die Kriege Napoleons"



Bis zum 13. Mai ist im Schloß von Versailles die Ausstellung "Les Guerres de Napoléon. Louis François Lejeune, général et peintre" ("Die Kriege Napoleons. Louis François Lejeune, General und Maler") zu sehen. Ausgestellt werden Zeichnungen und Gemälde von Louis François Lejeune, ein Mann des Militärs, der an allen napoleonischen Revolutionen teilnahm und diese in Gemälden und Schriftstücken ("Souvenirs") dokumentierte. Die Ausstellung zeigt Erinnerungsstücke aus seinem zivilen und militärischen Leben aus den Zeitaltern des Empire, der Restauration und der Julimonarchie... [Fortsetzung](#)

Gustav Klimt



Zur Feier des 150. Geburtstags von Gustav Klimt (geboren am 14. Juli 1862) widmet das Kunsthistorische Museum - neben vielen anderen Museen in Wien - dem Künstler eine Ausstellung. 13 Meisterwerke Klimts werden präsentiert; ursprünglich dienten sie der Dekoration des großen Treppenhauses des Museums. Die Ausstellung kann ab dem 14. Februar besichtigt werden... [Fortsetzung](#)

Akseli Gallen-Kallela, eine finnische Leidenschaft



Bis zum 6. Mai zeigt das Musée d'Orsay in Paris die Ausstellung "Akseli Gallen-Kallela (1865-1931), une passion finlandaise". Im Rahmen der Ausstellung werden Meisterwerke des finnischen Künstlers gezeigt, der insbesondere durch die Gestaltung des finnischen Pavillons auf der Weltausstellung in Paris im Jahr 1900 bekannt ist (Freskendarstellung). Die Ausstellung wird nacheinander in Paris, in Helsinki und in Düsseldorf zu sehen sein... [Fortsetzung](#)

Lucian Freud in der National Portrait Gallery

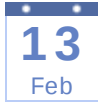
Die National Portrait Gallery widmet Lucian Freud bis zum 27. Mai eine



Ausstellung. Erstmals liegt der Schwerpunkt einer Ausstellung auf den Portraitbildern des Künstlers, die in seinem Gesamtwerk eine wichtige Rolle einnehmen. Über 300 Ausstellungsstücke zeigen die Bandbreite der künstlerischen Tätigkeit Lucian Freuds. Die Portraits zeigen seine Freunde, seine Familie und andere von ihm geliebte Menschen...

Fortsetzung

Agenda :



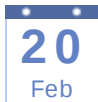
13.-16. Februar
Straßburg
Sitzungswoche des europäischen Parlaments



14. Februar
Ratssitzung "Energie"
EU-China-Gipfel

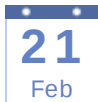


17. Februar
Ratssitzung "Beschäftigung, Sozialpolitik, Gesundheit und Verbraucherschutz"

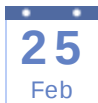


20. Februar
Brüssel
Ratssitzung "Wettbewerb"

Brüssel
Treffen der Finanzminister der Eurozone



21. Februar
Brüssel
Ratssitzung "Wirtschaft/Finanzen"



25.-26. Februar
Mexiko
Treffen der Finanzminister und Direktoren der Zentralbanken der G20

Der Newsletter ist auch in folgenden Sprachen erhältlich:



Ich mag den Newsletter der Robert Schuman Stiftung

Die Redaktion des Newsletters :

Magali Balent, Pauline Massis Desmarest, Inga Groth, Charles de Marcilly, Pierre Thibaudat ;
Katrin Gebhard, Marion Zosi.

Chefredakteur : Pauline Massis Desmarest
Publikationschef : Pascale Joannin

Kontakt / Anmerkungen
info@robert-schuman.eu

Die **Robert-Schuman-Stiftung** wurde im Jahr 1991 als gemeinnützige Stiftung gegründet und

ist nunmehr eines der bedeutendsten Forschungszentren Frankreichs zu Europa und den europäischen Politiken. Sie erstellt zahlreiche Studien zur Politik der Europäischen Union und publiziert diese außer in Frankreich auch im europäischen Ausland. Auch außerhalb Europas informiert die Robert-Schuman-Stiftung regelmäßig über aktuelle politische Entwicklungen in Europa. Mit ihren Recherchen, Veröffentlichungen und Veranstaltungen regt die Robert-Schuman-Stiftung immer wieder zur öffentlichen Debatte europäischer Themen an und bereichert diese zusätzlich durch ihr Engagement und zahlreiche wissenschaftliche Beiträge. Stiftungspräsident : Jean-Dominique Giuliani.

Wollen Sie diesen Newsletter abbestellen? {LINK}